

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

166 (21.6.1920) Erstes Blatt

Wesenspreis:  
in Karlsruhe frei ins Haus  
abgeleitet monatlich 5,50 Mfr.  
an den Ausgabestellen ab-  
geleitet monatlich 5,10 Mfr.  
Zusätzlich durch unsere  
Agenturen bezogen 5,50 Mfr.  
monatlich, am Postschalter  
abgeleitet monatlich 5,50 Mfr.,  
vierteljährlich 15,50 Mfr., durch  
den Briefträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
5,65 Mfr., vierteljährlich 16,95 Mfr.  
Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Ritterstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

Wesenspreis:  
die 9. Gelp. Nonpareil-Setze  
oder deren Raum a lokal  
1,40 Mfr. Versandpreis 1,50 Mfr.  
Hefenpreis 5.- Mfr. an  
erster Stelle 5,50 Mfr.  
Kontroll nach Tarif.  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags,  
kleinere Anzeigen frühestens  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Fernsprechanzeige:  
Geschäftsstelle Nr. 203.  
Verlag Nr. 207.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 894

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Geschäftsführer: Hermann v. Paer. Verantwortlich für Inhalt: Martin Solinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Karl Jahn und Hermann Weid; für den Auslandsteil: Dr. Kurt Schmidt. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. B. S., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Schmidt, Friedrichstraße 65/66, Telephon 411. Abland 2902. Für unverlangte Manuskripte oder Druckaufträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 166.

Montag, den 21. Juni 1920

Erstes Blatt.

## Abjag- und Produktionskrise.

Von Dr. August Deber.

II.

Die von dem Ausland heringekommenen Kredite müssen verzinst und amortisiert werden, kurz, alles trägt dazu bei, unsere Zahlungsbilanz immer inaktiver zu gestalten. Das müssen wir bei unserm Wege nach Spaan in den Vordergrund schieben. Die Zahlungsbilanz wird noch schlechter, wenn die Forderungen aus dem Friedensvertrag beibehalten werden. Eine ungeheure Verantwortung haben unsere Vertreter in Spaan, hat auch das Ausland; denn es ist klar, wie schon so oft gesagt wurde, daß Deutschlands Ende das Ende Europas, wenigstens auf dem Festlande, bedeutet. England wird das ganz gleichgültig sein, denn England gewinnt nur, je stärker wir darniederliegen. Frankreich und Italien sind aber mit uns verheiratet und ebenso ergeht es Rußland. Wie kann man sich nun einen Weg aus dieser kritischen Lage vorstellen, was kann zur Hebung der Krise geschehen? Wenn man diese Frage stellt, kann man sich nicht verhehlen, daß wir in Deutschland — und das sollte von der Regierung und allen Parteien vielmehr, als es bisher geschehen, in den Vordergrund gestellt werden — im Beginn einer Produktionskrise sind, wie sie Deutschland, wie sie vielleicht die Welt noch nie durchgemacht hat. In wenigen Wochen werden jene Männer ihre Ansicht bestätigen, die voraussagen, daß die Wirtschaftsweltkrise nach Beendigung des Krieges, er möchte ausbleiben, wie er wollte, eintreten mußte. Allein für sich wird Deutschland trotz allen Bemühungen nicht in der Lage sein, sein Wirtschaftslieben zu verbessern. Zusammenarbeit aller europäischen Festlandstaaten ist Voraussetzung. Zweite Voraussetzung ist Aufhebung verschiedener drückender Bestimmungen des Friedensvertrages. Drittens ist erforderlich umgehende Inangriffnahme des gemeinschaftlichen politischen und finanziellen Aufbaus des Festlandes Europas mit Hilfe von England und Amerika. Voraussetzung ist weiter in Deutschland die wahrhaftigste Sparpolitik auf allen Gebieten, die Einschränkung aller Ausgaben für Staat, Gemeinde und den Einzelnen, die Beseitigung der in ihrer jetzigen Form wichtigsten, im Krieg im gewissen Umfang berechtigten, nach Beendigung und nach einer gewissen Uebergangszeit gänzlich zu beseitigenden Zwangswirtschaft, insbesondere auch auf dem Gebiete der Ernährung. Wenn einplanmäßiger Zwangswirtschaft in der jetzigen Form glaubt, mit ihr noch etwas erreichen zu können, so irrt er sich. So kann die Wirtschaft Deutschlands nicht organisiert werden. Diese Art Kriegs- und Zwangswirtschaften sind für ein weltwirtschaftlich orientiertes Volk eine Unmöglichkeit. Damit soll nicht gesagt sein, daß eine gewisse planmäßige Gestaltung unseres Wirtschaftslebens nicht erforderlich sei; diese muß vielmehr unter allen Umständen versucht und durchgeführt werden. Auf dem Wege der Zwangswirtschaft, wie sie jetzt gestaltet ist — man denke nur an die Kartoffel-, Vieh- und Getreidewirtschaft und jeder verständige Mensch läßt, wenn man derartige kindliche Versuche überhaupt noch mit Wirtschaft bezeichnen will — ist ein Erfolg umgänglich. Indes, etwas anderes muß geschehen. Die obigen Voraussetzungen müssen erfüllt werden. Man hört ab und zu sagen, daß eine weitere Senkung der Preise von denjenigen Waren, die durch die ausländische Valuta beeinflusst werden, z. B. Reis, nicht ohne weiteres eine Senkung der im Inland bewerteten Waren bedingt und nach sich zieht. Die in den letzten drei Monaten durchgeführten Gehalts- und Lohnsenkungen mit ihren Milliardenanforderungen begannen erst jetzt zu wirken. Sie müssen ihren Ausdruck finden in der Höhe der Preise. Die Inlandswaren werden dadurch sicher nicht billiger werden, bei diesen wird vielmehr, sobald die Wirkung der Lohnsenkungen sich zeigt, eine Preisverhöhung eintreten. Bei den Inlandsprodukten liegt die Sache so, daß das Angebot auf die Dauer geringer bleiben wird als die Nachfrage, auch wenn eine starke Sparpolitik überall Platz greift. Die Steigerung der Löhne und Gehälter wirkt hinderlich, sie vermehrt den Notenumlauf, heizt die Preise und wirkt der Produktions- und Abjagkrise nicht entgegen. Es gibt nur ein einziges Mittel, nur einen einzigen Weg, um aus unserer Meinung zur Gesundung zu kommen. Das ist die Steigerung der Produktion im Inland. Wird diese gegeben, so muß — und nur sie allein kann es bewirken — eine Senkung der Preise eintreten. Nur die Produktionssteigerung wird die zur Zeit auf Papier und durch Papier dargestellten hohen Löhne zurückführen, nur durch sie wird auch die Vermehrung des Papiergeldes eingeschränkt werden können. Die energischen Anhänger der absolut freien Wirtschaft wollen dieses Ziel erreichen durch die gänzliche Beseitigung jedweder Organisation, durch die Freigabe oder durch die Aufgabe jeder irgend wie gearteten staatlichen Kontrolle, selbst wenn diese den einzelnen Industrie-, Handels- und Gewerbebetrieben überlassen bleibt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß der Aufbau der deutschen Wirtschaft eine dauernde Milderung und endliche Behebung der Abjag- und Produktionskrise bei uns und in den anderen europäischen Staaten nur dann ermöglicht werden kann, wenn überall systematisch den Problemen des Wieder-

aufbaus näher getreten wird. Die Frage des Wiederaufbaus Deutschlands hat im jüngst verflochtenen Wahlkampf eine große Rolle gespielt. Wette Kreise im Handel, in der Industrie, im Gewerbe, weite Kreise der Unternehmer, Angestellten und Arbeitnehmer wollen heute noch nicht begreifen, daß das sogenannte freie Spiel der Kräfte nach dem Zusammenbruch, den wir erlebt haben, nicht durchführbar sein wird. Wir werden, ob wir wollen oder nicht, in den einzelnen Industrie-, Handels- und Gewerbebetrieben uns zusammenziehen müssen, um wenigstens in großen Zügen die nötigen Richtlinien für den Wiederaufbau in gemeinschaftlicher Arbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern zu suchen und

## Die interalliierte Konferenz von Boulogne

Paris, 20. Juni. (Wolff.) Auf der Tagesordnung der interalliierten Konferenz von Boulogne steht neben der Frage der Wiedergutmachungssumme auch die Frage der deutschen Abrüstung. Es scheint, daß zwischen den Alliierten eine Einigung zustande kommen wird. (Dieser Ansicht ist bereits in unserem kurzen Artikel „Spaa“ auf Seite 1 Spalte 4 der Sonntagsausgabe Rechnung getragen. D. N.)  
Paris, 20. Juni. (Wolff.) Ministerpräsident Millerand ist am Samstag morgen von Paris über Boulogne nach England abgereist, um mit Lloyd George in Ghythe vor der Konferenz von Boulogne zusammenzutreffen. In Begleitung Millerands befinden sich Marschall Foch, Finanzminister Marjal und General Weygand.  
Paris, 20. Juni. (Wolff.) Die Zusammenkunft der Konferenz von Boulogne, die heute zusammengetreten ist, ist folgende: Frankreich wird vertreten sein durch Millerand, Marschall Foch, General Weygand, Adenot, Delegierter für Finanzen beim Obersten Wirtschaftsrat und Direktor beim Finanzministerium, und Cheysson, Vertreter Frankreichs bei der Wiedergutmachungskommission. Die belgische Delegation besteht aus Symans, dem Minister des Äußeren, Japar, dem Vertreter bei der Wiedergutmachungskommission, Japar, Japan wird seine beiden Gesandten in England und Frankreich zur Konferenz entsenden. Italien ist durch den Minister des Äußeren Grafen Stora vertreten. Die englische Delegation ist noch nicht bekannt. (Wie bereits gestern mitgeteilt, wird Benzelos gleichfalls an dieser Zusammenkunft teilnehmen. D. N.)  
Amsterdam, 20. Juni. Aus London wird gemeldet: Die für Montag angelegte Zusammenkunft zwischen Lloyd George und Millerand in Boulogne hat sich zu einer wichtigen Konferenz des Obersten Rates entwickelt und wird bezüglich des Umfangs der zu behandelnden Gegenstände viel weiter gehen, als ursprünglich geplant war. Die Zusammenkunft in Ghythe dient einer vorbereitenden Besprechung. „Daily News“ schreiben: Auf der Tagesordnung von Boulogne werden außer der deutschen Entschädigungsfrage noch die türkische, die orientalische und die russische Frage stehen. Das Wort fällt hinzu, man dürfe erwarten, daß Lloyd George sich mit allen Kräften bemühen werde, den Obersten Rat zu veranlassen, bezüglich Rußlands mit gegebenen Tatsachen zu rechnen.

## Die Besprechung in Jollestone

Paris, 20. Juni. (Wolff.) Millerand traf heute vormittag in Jollestone ein, um von dort am Montag mit Lloyd George nach Boulogne zurückzufahren. Die erste offizielle Konferenz in Jollestone wird für heute erwartet. Gadas bestätigt, daß es sich bei der Besprechung in Jollestone hauptsächlich um finanzielle Fragen handeln wird, vornehmlich um die Entschädigungs- und Wiedergutmachungsfragen, aber auch die russische Frage wird erörtert werden. Wenn eine Übereinstimmung auf der Grundlage des Projekts, mit dem übrigens die französischen wie die englischen Sachverständigen sehr zufrieden seien, in Jollestone und Boulogne erzielt würde, würde das einen großen Fortschritt in der Regelung der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen in einem für Frankreich, England und Belgien sowie auch Italien, das durch die Annahme des Vorschlages Frankreich und England entgegenkommen würde, günstigen Sinne bedeuten. Der wichtigste Punkt sei, daß das finanzielle Projekt ohne Rücksicht auf politische und namentlich innerpolitische Erwägungen angenommen werde.

Die russische Frage sei weniger gut vorbereitet. Sowohl von französischer wie auch von englischer Seite werde zugegeben, daß man auf diesem Gebiet nicht weiterkomme. Man sei überzeugt, daß Krassin nichts bieten könne und seinen Aufenthalt auszuweichen trachte, um zu sehen, wie sich die Sache gestalte, während die Sowjetregierung ihre Operationen im Orient fortsetze, die für die englische Politik sehr kompromittierend seien. England werde jedenfalls durch seine Haltung den Abschluß eines Übereinkommens mit Frankreich und den übrigen Verbündeten hinsichtlich der auswärtigen Politik erleichtern. Die Tatsache, daß Marschall Foch auf Ansuchen Lloyd Georges an den Besprechungen teilnimmt, deute an, daß England die militärische Frage aufrollen wolle.

## Die Beratungen in Ghythe

London, 21. Juni. (Wolff.) Nach der Konferenz in Ghythe am gestrigen Nachmittag wurde folgende Mitteilung ausgegeben: Die französische Regierung stimmt der Ansicht der britischen Regierung bezüglich der dauerlichen Langsamkeit zu, mit der die deutsche Regierung die Bestimmungen des Versailler Vertrages hinsichtlich der Abrüstung ausführt. Die beiden Regierungen haben gemäß einer gemeinsamen Übereinkunft beschlossen, bei interalliierten Konferenzen von Boulogne zur Erörterung zu geben, dem militärischen Rat Beschlüsse zu erteilen und Vorschläge zu machen wegen einer beschleunigten Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, die sich auf die deutsche

zu finden. Die Bewirtschaftung in Form der Selbstverwaltungskörper ist in einzelnen Industriezweigen durchgeführt, wird in anderen Industriezweigen durchgeführt werden müssen. Hierzu zwingt auch die Notwendigkeit, die direkten Steuern, die, so wie sie geschaffen sind, nicht bleiben werden, die auch die Erträge nicht abwerfen können, die man von ihnen erwartet, durch indirekte Steuern zu ergänzen. Die Zölle sind keine Instrumente mehr, auf denen man spielen kann. Indirekte Steuern werden in großem Umfang gebraucht werden; sie werden am zweckmäßigsten aufgebracht durch Selbstverwaltungskörper der beteiligten Geschäftszweige. Diese Gebilde sind auch aus dem Grund notwen-

## Abrüstung der Mannschafsbefände und des Kriegsmaterials

Abbrüstung der Mannschafsbefände und des Kriegsmaterials beziehen.  
Gestern abend wurde in Ghythe folgende Mitteilung ausgegeben: Heute Nachmittag wurden in Ghythe verschiedene Fragen, besonders auch jene der Wiedergutmachung beraten. Die Fortsetzung der Besprechungen wurde der in Boulogne heute beginnenden Konferenz vorbehalten.  
Paris, 20. Juni. (Wolff.) Nach einer Londoner Meldung der „Information“ erklärt sich die Möglichkeit, mit der die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Millerand in Ghythe festgesetzt wurde, aus den türkischen Angelegenheiten. Es werde hauptsächlich von der Lage in Kleinasien die Rede sein, die seit einigen Tagen eine unangenehme Wendung genommen habe.

## Die Vorkonferenz

Paris, 20. Juni. (Wolff.) Die Vorkonferenz hat heute vormittag unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Sie hat Entscheidungen festgelegt über die Frage der Entwaffnung Deutschlands. Diese Entscheidungen entsprechen denen des interalliierten militärischen Komites und werden den Regierungschefs, die in Boulogne versammelt sind, mitgeteilt. Zu dieser offiziellen Mitteilung bemerkt der „Temps“, daß die Sitzung nur von kurzer Dauer gewesen sei, da die Mitglieder des Vorkonferentes im Besitze von Instruktionen ihrer Regierungen gewesen seien. Obwohl die Entscheidungen des Obersten Rates nicht veröffentlicht wurden, glaubt der „Temps“ zu wissen, daß das deutsche Heer innerhalb der festgesetzten Zeit, also bis zum 10. Juli, auf 100 000 Mann zurückgeführt werden müsse. Im Falle die deutsche Armee von 100 000 Mann nicht genügen werde, um die innere Ordnung aufrecht zu erhalten, müsse zur Schaffung regionaler Polizeitruppen geschritten werden.

## Die Frage von Moskau

Paris, 20. Juni. (Wolff.) Die Kammer beschäftigt sich bei der Beratung des Staatsvoranschlages des Auswärtigen Amtes auch mit der Frage von Moskau. Briand wies darauf hin, daß vor dem Krieg zwischen England und Deutschland ein Abkommen bestanden habe, nach dem 75 Prozent der Petroleumausbeute des Moskauer Beckens England zustand. Nach dem Kriege zwischen London und Paris zustandekommenen Abkommen soll Frankreich die früher Deutschland zugefallene Menge von 25 Prozent erhalten. Lardieu warf der Politik des Kabinetts Clemenceau vor, daß es den Vorrechten Englands zu viel Rechnung getragen habe. Es hätte bei den Verhandlungen größere Vorteile erlangen können, als geschehen sei.

## Die Wiener Kabinettskrise

Wien, 20. Juni. (Wolff.) Bei der gestrigen Besprechung der Parteiführer beim Präsidenten Seitz über die Neubildung der Regierung schlugen die Christlich-Sozialen die Bildung eines Kabinetts aus neutralen Fachmännern vor, das von allen Parteien unterstützt werde oder eventuell die Bildung eines parlamentarischen Konzentrationskabinetts, lebten aber die Beträuer des demissionierten Koalitionskabinetts mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Durchführung der Neuwahlen ab. Die Christlich-Sozialen stimmten der Bildung eines neutralen Kabinetts zu, wenn alle drei Parteien sich zur Unterstützung verpflichteten. Die Sozialdemokraten erklärten, sie könnten ein bürgerliches Kabinetts, auch wenn es nur aus sogenannten Fachmännern zusammengesetzt sei, weder wählen noch unterstützen. Die Beteiligung an einem Konzentrationskabinetts sei für die Sozialdemokraten ausgeschlossen. Die Sozialdemokraten würden im äußersten Falle, wenn infolge der Weigerung der bürgerlichen Parteien, die Regierung zu übernehmen, eine Regierung überhaupt nicht zustande kommen könnte, zulassen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts bis zu den Wahlen die Geschäfte weiterführen und zwar unter der Voraussetzung, daß bestimmte Bedingungen bezüglich der Wahlordnung, des Wahltermins mit der Vermögensabgabe erfüllt würden. Die Verhandlungen wurden dann behufs Berichterstattung an die Parteien unterbrochen.

## Die Anschließfrage

Wien, 20. Juni. (Wolff.) Einer Korrespondenz zufolge fand unter zahlreicher Beteiligung eine Gründungsversammlung der deutschen Arbeitsgemeinschaft als des Sammelpunktes aller dem Zusammenschluß mit Deutschland dienenden Verbänden statt. Zum Präsidenten wurden der Rektor der Universität, Hofrat Schwind, gewählt. Es wurde ein Zustimmungsschreiben des Präsidenten Dr. Dinghofer verlesen, in dem es heißt, daß der Anschluß allein die Rettung aus Jammer und Not bringen könne.

dig, weil mit ihnen und durch sie am zweckmäßigsten verschiedenen Anforderungen des Friedensvertrages Rechnung getragen werden kann. Die deutsche Regierung muß große Lieferungen übernehmen, will sie diese nicht einzelnen Unternehmungen in verschiedenen Industriezweigen übertragen. Will sie eine Verteilung solcher Aufträge über Länder und Unternehmungen vornehmen, so müssen Verbände vorhanden sein, die diese Übernahme von festen Verpflichtungen übernehmen können. Ebenso sieht es mit der Kreditbeschaffung im Ausland aus. Auch hier werden neue Wege gegangen werden müssen, die Ideen, die Dr. Jordan in seiner großartigen „Kreditorganisation“ vertritt, sollten nicht ohne weiteres von der Industrie verworfen werden. Wenn früher im Verkaufslieben Störungen eintraten, wenn Krisen sich zeigten, dann endeten sie mit einem großen Krach und neue Verhältnisse bauten sich auf, die deshalb um so leichter in veränderter Form geschaffen werden konnten, weil ein solches akutes Ende einer wirtschaftlichen Periode nur ein Glied in dem ewigen Kampf um die Reallohne darstellte. Heute, wo von einer rein kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr die Rede ist und sein kann, gibt es nur einen Weg, um die Produktion in Deutschland dauernd zu heben und das ist eine planmäßige Organisation derselben. Man hat den früheren Minister Bissell in den Orkus gestochen, weil seine Parteifreunde seinen Ideen mißtrauten. Seine Wirtschaft war sicher zu bürokratisch, zu „planmäßig“. Die Idee aber den geordneten Kern eines organischen Aufbaus unserer verschiedenen Wirtschaftszweige in sich. Man rufe die deutsche Wirtschaft im Reichswirtschaftsrat, der ja in 14 Tagen zusammentritt, in dem die führenden Köpfe unserer Wirtschaft vereinigt sind, auf. Die alte Idee der freien Wirtschaft hat sich überlebt; das sollte eigentlich jeder einsehen, der seine Stellungnahme nicht nur danach nimmt, wie sich der Inhalt seines Portemonnaies hierbei gestaltet. Man hat das Verdienen in der Industrie und im Handel bis zum Tage der Abschritte in manden Kreisen viel zu groß geschätzt; man wird sich künftig ganz andere Maßstäbe und Kontrollen gefallen lassen müssen als bisher. Es gehört heute vielleicht mehr Mut dazu, auf diese Schäden rückwärtslos hinzuweisen und den neuen Weg vorzuarbeiten, als nur im Wege der Kritik und Opposition das so oft gesungene alte Lied vom freien Spiel der Kräfte zu singen. Mit dem ist es einzuweilen vorbei.

## Die neue Regierung

Die neue Regierung aber, die hoffentlich auch an die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums einen Mann setzt, der nicht als Parteiführer groß geworden ist, sondern die Wirtschaft Deutschlands kennt und überblickt, hat schon mit Rücksicht auf die Verhandlungen in Spaan die Verpflichtung, neue Ideen zu fassen und sie mit nach Spaan zu nehmen, da sonst auch das Ausland seine Sicherheit hat, daß wir den Friedensvertrag in jenen Teilen, in denen er überhaupt erfüllbar ist, durchführen.  
Und neue Wege müssen wir gehen, sonst kann wohl mal vorübergehend, niemals aber auf die Dauer unserer Wirtschaft geholfen werden.

## Der Stand der Verhandlungen.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns geschrieben:

Man soll sich in leitenden parlamentarischen Kreisen doch ja nicht über den bösen Eindruck täuschen, den die immer weiter verlängerte Regierungskrise vor allem bei den Wählern sämtlicher bürgerlicher Parteien macht. Nach den letzten Berichten über die Verhandlungen zwischen den in Frage kommenden drei Parteien war ein Grund für das Stagnieren der Lösung für die meisten nicht erkennbar. Die verschiedenen Fassungen, in denen die Deutsche Volkspartei einer monarchistischen Agitation entgegengetreten soll oder will, klangen peinlich spitzfindig, wenn man an die bevorstehenden Schicksalstage in Spaan denkt. Man sieht eben in dem ewigen Jöggen meist nur Schein vor der eigenen Verantwortung und angfälliges Schielen nach den Massen der Wähler, die nichts schlichter wünschen, als irgendwie befriedigt zu werden. Das besondere Charakteristikum der Lage ist, daß die Demokraten durch ihren linken Flügel zum Teil gelähmt werden, der von den Sozialdemokraten die Lösung erhalten möchte, und daß die Deutsche Volkspartei durch ihren rechten Flügel, der sich im Innern den Deutschnationalen verbunden fühlt, behindert wird.

Wie mitgeteilt wurde, haben keine neuen Verhandlungen stattgefunden. Diese werden erst heute vor sich gehen. Die Deutsche Volkspartei gab aber eine Erklärung bekannt, die besagt, daß angeht die Zusammenfassung aller Kräfte für den Wiederaufbau verfassungsmäßiger Rechte alle Kämpfe zurücktreten müssen und infolgedessen der Wiederaufbau auf dem Boden der durch Gesetz festgelegten Verfassung sich vollziehen soll. Die endgültige Entscheidung der Reaktion der Deutschen Volkspartei wird erst am Dienstag nachmittags fallen. In der Frage der Besetzung der Ministerposten gilt als sicher, daß Dr. Heinze in das Kabinetts eintreten wird, Dr. Stresemann dagegen nicht; ebenso hat Herr von Kardoff einen Eintritt in das Kabinetts abgelehnt. Vor der Deutschen Volkspartei kommt nun in erster Linie Dr. Beder-Hoffen in Betracht. Nach allem darf man wohl annehmen, daß die politische Lage grundsätzlich bereits geklärt ist.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Der Boykott gegen Ungarn.

Budapest, 20. Juni. (Ungar. Corr.-Büro.) Der Landesverband der Christlich-Sozialen Eisenbahner hat beschlossen, infolge der Durchführung des Amsterdamer Boykottbeschlusses, die Lebensmitteltransporte nach Oesterreich und den übrigen Nachbarstaaten aufzuhalten.

Ungarn ergreift Repressalien.

Budapest, 20. Juni. Der Standpunkt der ungarischen Regierung zum Boykott gegen Ungarn ist, wie das Ungarische Corr.-Büro erfährt, der, daß Ungarn gegen alle Staaten, die die Blockade tatsächlich durchführen, dieselben Repressalien ergreifen wird, die von den betreffenden Staaten gegen Ungarn durchgeführt werden soll.

Die Schädigung Oesterreichs.

Wien, 20. Juni. (Wolff.) Der Boykott gegen Ungarn hat nach Blättermeldungen in der Nacht zum Sonntag begonnen. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Boykott stellt den ersten Versuch dar gewerkschaftlicher Kampfmittel im Dienste einer internationalen politischen Aktion. Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Die Boykottierung eines Staates auf Geheiß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch niemals dagewesene Erscheinung, die unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Das ist eine Verletzung der Grundlagen, auf denen das innerstaatliche und internationale Verkehrsleben aufgebaut ist.

Auch die bürgerliche Presse beschäftigt sich mit dem Boykott. Das „Neue Wiener Tagblatt“ gibt auch den in anderen Blättern enthaltenen Gedankengang wieder, in dem es sagt: Die Boykottierung eines Staates auf Geheiß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch nie dagewesene Erscheinung, die unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Sie ist die Verletzung der Grundlagen, auf denen das innerstaatliche und internationale Verkehrsleben aufgebaut ist. Der Boykott weist deutlich in die Richtung der proletarischen Diktatur.

Der Wiener ungarische Gesandte Dr. Graf erklärt in der „Reichspost“, der rasche Zusammenbruch des Boykotts sei geradezu ein europäisches Interesse; denn sonst hätte Europa von nun an in Amsterdam eine Weltregierung, die heute Dordrecht, morgen vielleicht aber Lord George oder Millerand auf diesem Wege ihre eigene Politik aufbringen könnte.

Wien, 20. Juni. (Wolff.) Eine Obmannschaft der Wiener Bezirksräte der Christlich-Sozialen Partei stellte bezüglich des Boykotts gegen Ungarn fest, daß dieser eine schwere Schädigung der Ernährungsfrage Wiens sowie der österreichischen Produktionslage bedeutet und bedauert, daß die österreichische Regierung dieser Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse eines anderen Staates tatenlos gegenüberstehe.

Ein, 20. Juni. Dem „Volksblatt“ zufolge beschlossen die Vertrauensmänner der sozialistischen Parteimitglieder die Gruppe der christlichen Parteimitglieder, mit allen erlaubten Mitteln den Boykott gegen Ungarn zu verhindern.

Der Boykott im Verkehrsleben.

Wien, 20. Juni. Die Korrespondenz Herzog meldet, daß seit Witternacht der Boykott auf den Bahnen (mit Ausnahme des Personenverkehrs) und des Post-, Telegraphen- und Fernsprecheverkehrs in Kraft ist. Wie verlautet, wurden die Telegraphenleitungen an der Grenze unbrauchbar gemacht. Eine einzige Zeitung dient nur dem internationalen interurbanen Fernsprecheverkehr der Regierung und der diplomatischen Vertretungen und Missionen. An Telegrammen gehen nur Staatsbefehle bzw. diplomatische Korrespondenzen und Frachtbefehle. Der ungarische Gesandte in Wien Dr. Graf beipflichtet in Budapest die Boykottfrage.

Frankreich und der Vatikan.

Paris, 20. Juni. (Wolff.) Die Finanzkommission der Abgeordnetenkammer beschloß, den Gesetzentwurf, der die Kredite für die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Vatikan verlangt, zu verwerfen. Die Vertagung wurde einstimmig angefordert. Wie einige Blätter melden, handelt es sich bei den Gründen für die Vertagung um Meinungsverschiedenheiten, die in Bezug auf die Anerkennung der Kultusvereine durch den Papst angebrochen sind. Es scheint, daß einige französische Bischöfe versöhnlicher sind, daß aber die Anerkennung der nach der Trennung des Staates von der Kirche beschlossenen Gesetze eine nachträgliche Beurteilung der Politik Pius X. in sich schließt.

Badisches Landestheater.

Zum erstenmal: Der Leibarbeits.

Komödie von Franz Molnar.

In dieser dramatischen Frauenstudie beweist der Französisch-ungarische Komödientichter zum aberhundertsten Male, daß gegen das natürliche Schauspielertalent der Frau nicht anzukommen ist. Eva hat das seit den paradiesischen Schlagenzeiten so in sich. Es wird auch nicht anders werden, es sei denn, daß Adam endlich mal was dazu lernte und die Überhöhung der Frau aufgab. Also mit andern Worten, es bleibt so wie es schon beim ersten Sündenfall war: der Mann ist der Dumme. Franz Molnar hat dem Allweltstheater eine originelle Fassung gegeben. Ein Schauspiel, der den alle sechs Monate fälligen neuen Liebhaberwechsel seiner neuangeheirateten Ehefrau, ebenfalls einer beruflichen Schauspielersin, mit Grauen kommen sieht, will die überführende Probe aufs Exempel machen. Er verwandelt mit Hilfe einer Offiziersuniform und seines Künstleralters sich als Leibarbeits in den Liebhaber seiner eigenen Frau. Es kann ihm dergestalt auf keinen Fall schlecht gehen. Gelingt es ihm, die gefesselte Gattin zu verführen, so hat er wenigstens dieses Cavaliervergnügen, allerdings auch den Beweis der Untreue. Wodurch die Frau den Vorwürfen, so schenkt die Treue noch größere Freude. Die amouröse Eva heißt programmäßig an, der Gatte wird zwischen Benutzung und Schreden hin- und hergeschüttelt. Als er aber zur Enttarnung der Frau seine Liebhabertrübsal — wörtlich — ablegt, spielt die Vielgeliebte und Schnellgefähe ein überlegenes Gegenpiel. Sie habe gleich den Betrug gemerkt und auf einen Schelm anderthalb

Irland.

London, 20. Juni. (Reuter.) Der Eisenbahnerführer Thomas teilte mit, eine Abordnung habe Lord George vorgeschlagen, die Regierung möge die Sendung von Truppen und Munition nach Irland einstellen. Dafür würden die Eisenbahner an das irische Volk einen Aufruf richten, Verbrechen und Gewalttätigkeiten jeder Art zu unterdrücken. Während dieses Waffenstillstands würden die englischen und irischen Gewerkschaftskongresse zusammenkommen. Hierauf solle die Regierung mit den Vollzugsauschüssen der zwei Kongresse beraten, um eine endgültige Lösung der irischen Frage anzukämpfen. Die Regierung lehnte es ab, die Entsendung von Truppen und Munition einzustellen. Sie werde aber alles tun, um Herausforderungen zu vermeiden und werde mit jedem Vertreter englischer und irischer Körperchaften einschließlich von Vertretern der Einheimischen Besprechungen abhalten. Weiter könne die Regierung nicht gehen. Thomas fügte hinzu, die Regierung beabsichtige, falls die Eisenbahner auf ihrer Weigerung, Truppen und Munition zu befördern, zu bestehen, die irischen Eisenbahnen stillzulegen, was eine äußerst ernste Lage hervorrufen würde.

Rotterdam, 20. Juni. Der Reuter Korrespondent der „Bestminster Gazette“ übermittelt seinem Blatte den Wortlaut eines Schreibens, das Harding an den Vorsitzenden des amerikanischen Ausschusses für die Unabhängigkeit Irlands sandte. In dem Schreiben erkennt Harding die Verdienste der Iränder an der Schaffung der Vereinigten Staaten an und sagt: „Ich habe sehr viel Sympathie für die Bewegung, die die Unabhängigkeit von Irland und die Sicherung der irischen Nationalität zum Ziele hat. Dies ist ein natürlicher Wunsch eines jeden Volkes, das seine Freiheit liebt.“

Osag, 20. Juni. (Wolff.) In einer Versammlung in Portsmouth sagte Aquith über die irische Frage, die Homerulefrage sein ein schlechter Scherz. Die irische Frage könne nur berührt gelöst werden, daß Irland in gleicher Weise wie die überseeischen Dominien eine autonome Regierung erhalte.

Die Lehener Frage.

Prag, 20. Juni. (Wolff.) Nach einer Meldung des Tschechoslowakischen Pressbüros gab der Minister des Innern Dr. Benesch im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Abgeordnetenhauses und des Senats eine Erklärung über den Stand der Lehener Frage. Er teilte mit, daß er mit dem polnischen Außenminister Dr. Radek sich dahin einigte, daß die Frage endgültig nur in Prag und Warschau gelöst werden könne, wobei beide Minister zurückgekehrt seien, um mit den maßgebenden Kreisen die Angelegenheit zu Ende zu beraten. In den allerersten Tagen würden sie wieder zusammenrufen, um die endgültige Entscheidung beider Parteien mitzuteilen. Der Minister betonte, daß die Illusionen in dieser Angelegenheit weder der Tschechoslowaken noch Polen etwas aufzwingen noch auch gegen den einen oder anderen entscheiden wollten.

Bitte um Fristverlängerung.

Paris, 20. Juni. (Wolff.) Der türkische Großwesir hat um Verlängerung der Frist nachgesucht, die der Türkei für die Einreichung der Antwort auf die Friedensbedingungen zugestanden wurde.

Rücktritt des portugiesischen Kabinetts.

Lissabon, 20. Juni. (Wolff.) Das Kabinett ist am Samstag zurückgetreten.

Das amtliche Wahlergebnis.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht nun das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden 20 017 500 Stimmen abgegeben. Die 466 Abgeordneten verteilen sich auf die einzelnen Parteien folgendermaßen:

Sozialdemokraten	112 Abg. (5 514 456 Stimmen)
Zentrumspartei	68 „ (3 540 580 „)
Demokraten	45 „ (2 302 384 „)
Deutschnationale	66 „ (3 739 778 „)
Deutsche Volkspartei	62 „ (3 906 816 „)
Unabhängige	81 „ (4 895 817 „)
Kommunisten	2 „ (41 995 „)
Bayerischer Bauernbund	4 „ (218 884 „)
Deutscher Bauernbund	5 „ (319 100 „)
Deutsche Wirtschafts- und Arbeiterpartei	21 „ (1 293 941 „)
Deutsche Mittelstandspartei	0 „ (48 „)
Nationaldemokr. Volksp.	0 „ (11 970 „)
Deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land	0 „ (3 008 „)
Christliche Volkspartei	0 „ (88 652 „)
Christlichsozialistische Partei	0 „ (65 219 „)
Katholischer Volkspartei	0 „ (7 216 „)
andere „Parteien“	0 „ (8 052 „)
andere „Parteien“	0 „ (84 708 „)

Table with election results for various parties including Deutschnat. Volkspartei, Demokraten, Unabhängige, etc.

Nachdem nun die amtlichen Ergebnisse vorliegen, fügen wir hier zum Vergleich die Zahlen des letzten Jahres an. Bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 erhielten:

Table with election results for 1919 including Deutschnat. Volkspartei, Demokraten, Unabhängige, etc.

Demnach haben bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 leider 4 635 881 Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht. Die Sozialdemokratische Partei hat über die Hälfte ihrer damaligen Stimmen nämlich 5 514 456, verloren und dadurch 51 Mandate eingebüßt. Demgegenüber hat die Unabhängige Sozialdemokratische Partei einen Stimmengewinn von 2 579 985 und damit eine Mandatszunahme von 50 zu verzeichnen. Die kommunistische Partei hatte bekanntlich 1919 keine Kandidatenliste aufgestellt; sie bekam diesmal 41 995 Stimmen. Nimmt man an, die 2 57 Millionen Zuwachs der Unabhängigen und die nahezu eine halbe Million Kommunisten (3 021 980) hätten alle im Januar v. J. mehrheitssozialistisch gewählt, so hätten diesmal 2 829 980 Mehrheitssozialisten überhaupt nicht gewählt. Diese Rechnung stimmt aber nicht ganz, denn in den in den Abstimmungsgebieten liegenden Wahlkreisen wurde bekanntlich am 6. Juni nicht gewählt; die Wahl in diesen Gebieten findet erst später statt. Das Zentrum hätte demnach einen Verlust von 2 440 491 Stimmen und 24 Sitze zu verzeichnen. Mit den Deutschnat. Volkspartei zusammen erreichte es bei der letzten Wahl mit 5 981 821 Stimmen 92 Mandate. Es gehen also diesmal alle 51 Mandate und 319 100 Stimmen der Bauernvereine, ferner die 21 Mandate und 1 171 722 Stimmen der Wirtschaftspartei sowie die 65 219 Stimmen der Christlichen Volkspartei. Das namentlich die beiden letzten Parteien sich längere Zeit von ihrer Mutterpartei ferngehalten werden, ist höchst unwahrscheinlich. Wenn einmal die Lage in Berlin geklärt ist und die Berliner Kriegsgewerkschaften mit ihrem ungeheuren und fürchterlich kostspieligen Beamtenapparat von Erdbeben verschlungen sind — nicht nur die Bayern, auch andere Volkstämme würden diesen ein recht rasches Ende — und auf die Weise eine Umwertung von Anlässen zum Schlimmen gehen die „Breiten“ wegschlagen, kehren auch in Bayern andere Zustände wieder und diese werden dann sehr bald die Wiedervereinigung der Bayerischen Volkspartei mit dem Zentrum zur Folge haben. Das darf man nicht übersehen. Und daß die 60 000 Rheinländer usw., die diesmal unter der Firma „Christliche Volkspartei“ gegen den Zentrumsturm angetreten sind, wie mehr den Weg hineinfinden werden, mag glauben, wer will. Es bliebe also meist beim Zentrum ein Stimmenergebnis von 884 450, zu dem natürlich auch die Abstimmungsgebiete betragene haben. Die Deutsche Demokratische Partei hat eine Einbuße von 2 829 984 Stimmen und 25 Sitze zu verzeichnen, demgegenüber haben die Deutsche Bauernvereine 1 709 779 Stimmen und 40 Sitze und die Deutschnationale Volkspartei 3 739 778 Stimmen und 24 Mandate gewonnen. Angekommen, der Zuwachs der beiden letzten Parteien ist auf Kosten der Deutschnat. Partei erfolgt. So hätten diesmal 1 889 880 vorwiegend demokratische Wähler am 6. Juni nicht gewählt. Das ein Teil davon ins Lager der verschiedenen Gruppen abgewandert ist, die meist aus Sonderinteressen eigene Wahlvorschlüsse eingereicht haben, ist wahrscheinlich. Der Bayerische Bauernbund hat bei einem Stimmeverlust von 56 266 seinen alten Bestand von 4 Mandaten behauptet. Die Deutsche Mittelstandspartei, die Deutsche Wirtschafts- und Arbeiterpartei, die Nationaldemokratische Volkspartei, der Deutsche Wirtschaftsbund für Stadt und Land, die Christlichsozialistische Partei, die Katholischer Volkspartei und die anderen „Parteien“ haben zusammen 204 689 Stimmen erhalten, bekommen aber keinen Abgeordneten. Ein drastischer Hinweis für den „Wert“ und die „Bedeutung“ der Berlinwahlen! Ob es in dieser Hinsicht bei den nächsten Wahlen besser wird?

Die Mandate der Reichstäte.

Beim Reichswahlleiter sind am Donnerstag nachmittags für die Reichstäte in Betracht kommenden Bestimmungen der einzelnen Parteien festgestellt und die Zahl der Mandate der Reichstäte ermittelt worden. Im ganzen sind auf die Reichstäte aller Parteien 51 Mandate entfallen, und zwar auf die:

Deutschnationale Volkspartei	54 018
Deutsche Demokratische Partei	48 475
Deutsche Volkspartei	461 844
Sozialdemokratische Partei	454 456
Unabhängige	480 799
Kommunisten	381 995
Zentrum	300 830
Christlich-sozialistische Partei	150 941
Bayerischer Bauernbund	88 652
andere	38 884

Ferner haben ohne ein Mandat zu erhalten, Reichstimmabgeber: Deutschnat. Volkspartei 19 100.

Mittelstandspartei 11 070, Deutsche Sozialisten 8216, Katholischer Volkspartei 8052, Nationaldemokraten 8088, Aufbau-Partei 48. Die Ermittlung der Mandate der Reichstäte erfolgte auf Grund des § 32 des Reichswahlgesetzes. Der Reichswahlleiter zählt in allen Wahlkreisen der Wahlkreisverbände auf die Reichswahlvorschlüsse gefallenen Reichstimmabgeber und teilt jedem Reichswahlvorschlusse auf je 60 000 Reichstimmabgeber einen Abgeordneten zu. Ein Rest von mehr als 30 000 Stimmen wird vollen 60 000 Stimmen gleichgerechnet. Einem Reichswahlvorschlusse kann höchstens die gleiche Zahl der Abgeordneten zugeeignet werden, die auf die ihm angehängten Wahlvorschlüsse entfallen sind.

Entsprechend dieser Vorschrift des Wahlgesetzes hat die Deutsche Demokratische Partei mit 484 475 Stimmen acht Mandate auf die Reichstäte erhalten, wobei nur 4475 ungenutzt für sie übrig geblieben sind. Noch besser hat das Zentrum abgeblüht, das für 300 830 Reichstimmabgeber sechs Mandate erhalten und fast nur 880 Stimmen hat unter den Tisch fallen lassen. Die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokraten, die Christlich-sozialistische Partei und der Bayerische Bauernbund haben den Vorteil genossen, daß ein Rest von mehr als 30 000 Stimmen vollen 60 000 Stimmen gleichgerechnet wird. Schicksal geschoren sind die Wirtschaftspartei und die kommunistische Partei; die Kommunisten haben nur in einem einzigen Wahlkreis im ganzen Reich — in Göttingen — ein Mandat erhalten, also konnten sie gemäß der Schlussbestimmung im § 32 des Wahlgesetzes auch auf der Reichstäte nur ein Mandat erhalten, obwohl für die kommunistische Reichstäte 381 995 Reichstimmabgeber vorhanden waren, die eigentlich für die Zuteilung von sechs Mandaten auf der Reichstäte ungeachtet hätten. Die Wirtschaftspartei hat nirgends in einem Wahlkreis ein Mandat erhalten, infolgedessen hat ihr auch für 88 652 Reichstimmabgeber auf der Reichstäte kein Mandat zugeeignet werden können. Die Schlussbestimmung im § 32 ist vorzulesen, um eine Verletzung der Volkswahlrechte in kleine Gruppen zu vermeiden.

Das Mandat von Dr. Gertrud Häumer.

In einem Berliner Blatt ist die Rede von Bestrebungen, Gertrud Häumer zu veranlassen, daß sie ihr Mandat auf der Reichstäte annimmt und auf ihr Mandat in Thüringen verzichtet. Dazu ist zu bemerken: Gertrud Dr. Gertrud Häumer hat ihr Mandat für Thüringen angenommen und den Verzicht auf das Mandat auf der Reichstäte ausgesprochen.

von Gallwitz gewählt.

General der Artillerie v. Gallwitz in Freiburg i. Br. ist auf der Reichstäte der Deutschen Nationalen Volkspartei als Reichstagsabgeordneter gewählt worden.

Letzte Nachrichten.

Prinz Schönau-Carolath 1.

Berlin, 21. Juni. Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath ist gestern gestorben. Der Prinz, der 68 Jahre alt war, gehörte seit 1881 als Mitglied der nationalliberalen Fraktion dem Reichstage an. Wegen seiner aufrechten liberalen Gesinnung, die er mit Mut jeder Seite gegenüber ansprach, wurde er besonders bei Hof der „rote Prinz“ genannt. Er war Stabes- und Majoratsbesitzer in Amth (Kreis Guben), wo er auch beigelegt wird.

Die Groß-Berliner Gemeindevahlen.

5. Berlin, 21. Juni. Das Ergebnis der Groß-Berliner-Gemeindevahlen, die gestern stattgefunden haben, ist bis zur Stunde noch nicht endgültig festgestellt. Doch geht aus dem Ergebnis im großen und ganzen so viel hervor, daß das Wählerverhältnis der Parteien daselbst ist, wie bei den Reichstagswahlen.

Die deutsch-französischen Wirtschafts-Verhandlungen.

5. Berlin, 21. Juni. Die vor kurzem unterbrochenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und französischen Industrie werden am 28. Juni in Paris wieder aufgenommen. Nach mehrjähriger Pause hat auch der deutsch-französische Wirtschaftsausschuß wieder eine gute Besprechung abgehalten.

5. Hamburg, 20. Juni. Zwischen der Bevölkerung von Neuhoop in Kahlhorn bei Hamburg und der Befragung des in Vulkanwerk liegenden brasilianischen Dampfes „Cuyaba“ ist es zu blühigen Zusammenstößen gekommen, wobei von der Bevölkerung von Neuhoop mehrere Personen schwer verletzt wurden.

gewürzter Animalität die Führung hätte übernehmen können. Esse Noorman mußte das mangelnde und nicht beschreibbare gewisse Etwas eines faszinierenden, schönen Frauensimmere durch Intellekt, durch sorgfältiges, geschicktes und scharf ersonnenes Spiel ersetzen. Rudolf Eisel fand sich recht gut mit seiner Doppelrolle ab. Seine geschwolle und hübsche Schanddrigkeit festeste entschieden. Derlei Leistungen sind nicht so seltenes. Das es doch Künstler, die den Franz und den Karl Moor zugleich übernahmen. Alabert Urici gab dem „Kritiker“ eine ungezwungen durchgehaltene Lebendigkeit in charakteristischer, einseitiger innerer und äußerer Prägung. Gretchen Biz glänzte in erprobter Daffit als kultivierte Marthe Schneiderlein. Die Szene des zweiten Aktes hatte Baumback besonders sorgfältig gestellt. Der musikalische Aufwand war namhaft und gab dem höheren Schmarren willkommenes Relief.

Das Publikum war sehr vergnügt und beifallsfreudig. Molnar ist kein Spielverberber; es mag sich jeder die Komödie mal ansehen. Auch anderwärts hatte sie stets verbienntermaßen volle Häuser. — o.

„Götterdämmerung.“

Mit einer wunderbar reinen, von elementarer Leidenschaft durchdrungenen Darbietung krönte Maria Lorenz Götterdämmerung die Reihe ihrer Bräunlich-Götterdämmerung. Überaus stand man im Banne ihrer außerordentlichen Künstlerkraft. Man möchte jede Woge ihres fieberangeregten, meistlich aufgebauten Spiels nennen, um dieser glänzenden darstellerischen Leistung gerecht zu werden. Nur wer ganz von seiner Rolle ergriffen ist, wer sie auf der Bühne wahrhaft erlebt, ist im Stande, ergreifend zu spielen. Ob nun das Liebesworte, Jauchende des hingebenden Weibes, ob Verzweiflung, Jauch, Nachschrei der Verratenen aus ihr sprachen, es trug ihr Spiel die Rüge des Echtes, Überzeugenden. Herrlich, wahrhaft ergreifend war die Schlusszene, wo Darstellung und Gesang sich in

feltener Vollkommenheit einten. Stimmen und höchste Bewunderung zwang auch an diesem Abend die stimmliche Durchführung der ungeheuer anspruchsvollen Partie ab. Mühelos, wie selbstverständlich wurden die arbeitschwerigsten Bemerkungen, Reich an Gefühlsschwankungen ist die herrliche Stimme; in immer neuen Farben erstrahlte sie. Manchmal weich, zart, düftig, dann wieder von einer himmelnden Kraft, einem zu Herzen dringenden Jauchens und Verzweifeln. Und welche überlegene Beherrschung der Partie! Von dieser Künstlerin, die niemals vom Dirigenten abhängig ist, sondern gleichsam aus sich heraus schafft, könnten manche unserer Sänger und Sangerinnen lernen.

Das ausverkaufte Haus ehrte Maria Lorenz Götterdämmerung nach Gebühr. Immer wieder wurde sie von den begeistertsten Zuschauern vor den Vorhang gerufen, mit ihr ihr Gatte, Alfred Lorenz, der an diesem Abend mit hoher Künstlerkraft das gewaltige Wagner-Werk geleitet hatte, glänzend unterstützt vom Dirigenten, das in dieser Ring-Aufführung wiederum seine außerordentliche Leistungsfähigkeit erwies.

Neben Maria Lorenz-Götterdämmerung hatten die übrigen Solisten naturgemäß keinen leichten Stand. Eine himmlische Leistung bot Josef Schöffel, dessen kraftvoller, männlicher Tenor bis zum Schluß gut durchhielt. Darstellerisch wechselten eindrucksvolle Partien mit schmachtend ab; das Einheitsliche sollte noch. Die Sterbende gestaltete Schöffel sehr eindrucksvoll. Das farblos blieb, trotz mancher guten Einwürfe, der Hagen Karl Giefel. Das Schwächliche, von Wagner stiefmütterlich beachtet Geschwisterpaar Guntter und Guttrun, diese von den Sängern begriffenweise wenig begehrten Partien, wurden von Emma Riegler und Edith Sajtis befriedigend, wiederzugeben. Hermann Eck fand den Alberich wichtig mit prägnantem Ausdruck. Margarete Bruntisch, die als Galt drei Rollen übernommen hatte, konnte vor allem in der Erzählung der Waltraute ihre prachtvolle Stimme entfalten. Die Horner waren stimmlich zu ungeschicklich, als daß ihr Gesang die ihr innewohnende Größe und Erhabenheit immer gemahnt geliebt wäre. Das Rheingöttererzetz flang matt; dagegen war der Mimerchor sicher, kraftvoll.

Heimstätten Genossenschaft Gaggenau.

Ein bedeutungsvoller Markstein, der hoffnungsvolle und zuverlässige Wege zeigt, ist in der Geschichte der Heimstätten Genossenschaft Gaggenau am 1. Juni gesetzt worden.

Am 28. Mai fand eine Besichtigung der Häuser statt, zu der die Genossenschaftler, die staatlichen Behörden, der Gemeinderat, die Vertreter der dortigen großen Werke und des Postamtes eingeladen waren.

Diese Besichtigung bedeutete einen vollen Erfolg für die anfangs so viel angefeindete Genossenschaft. Die von den staatlichen Behörden erschienenen Vertreter (vom Arbeitsministerium Amtmann Schöck, vom Bezirksamt Rastatt Amtmann Behr) sprachen sich äußerst lobend und Anerkennung über die Kolonie aus und bezeichneten die Genossenschaftshäuser als ideale Musterbauten.

Aus Baden.

Sandhof bei Mannheim, 20. Juni. Wegen Kindesmordes ist ein hiesiger Gutbesitzer verhaftet worden. Er hatte schon kurz nach der Geburt des Kindes von der Hebamme verlangt, sie solle das Kind im Badewasser ertränken, er gab ihr eine gute Belohnung.

Aus dem Stadtkreise.

Die Expresszüge 63 und 65: Ostende-Paris-Strasbourg-Karlsruhe-München-Wien- Stuttgart-Nürnberg-Frankfurt-Weimar verkehren auf badischer Strecke erstmals am Montag, 21. Juni.

Veranstaltungen.

Eine Verammlung für Klein- und Mittelrentner fand Samstag nachmittag 4 Uhr im Rathaus statt.

rentner schilderte in einem Vortrag die Not der Kleinrentner, dieser 'Beiraten der Arbeit', sowie die bisherigen Erfolge des Bundes, der unablässig in den Parlamenten auf Berücksichtigung der Rentner bei der Energielieferung hinwirft.

Die Kapelle des Bad. H. H. Meist. 113 (ehemalige Grenadierkapelle) ist nach längerer Abwesenheit an ihre frühere Wirkungsstätte zurückgekehrt und hat ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Die öffentlichen Schlussprüfungen des Konservatoriums für Musik der Landeshaushalts finden wie angezeigt in der Zeit vom 21. Juni bis 14. Juli statt.

Stadtschul-Ausgabe.

Seife fabrice. 17. Juni: Eduard Schöwecker von St. Georgen, Ref. hiesiger hier, mit Rosa Bauer von Strömpfen; Gertrud Käppler von hier; Germ. Schumann hier, mit Rosa Käppler von hier; Gertr. Sekerka alba, mit Elisabeth Hübner von hier; Ernst Rothenscher von Rappagan, Oberrhein; August Selb von Sandfeld, Wälder hier, mit Frieda Kasper von hier; Fridolin Morlok von Järlach-Niederschwabenmühle hier, mit Frieda Kasper von hier; Jakob Hübler von Obermiesau, Euben. hier, mit Anna Rosenmadel von hier; Franz Langenbach von Freiburg, Wagenfabrik hier, mit Milhemine Schmidt-Käppler von hier; Karl Barth von Angen, Tischlerei hier, mit Elsa Falkenstein von Dretzen; Wilhelm Dett von Walsdorf, Schuhmacherei hier, mit Katharina Stöckle von Geroldshausen; Richard Müller von Saarburg, Eisenbahn-Überleier hier, mit Thelma Dieber von Angendingen; Albert Lanterwald von Brühlgen, Goldschmied hier, mit Elsa Weichner von hier; Josef Zeit von Diersweier, Volkler hier, mit Theresie Dent von Hintermünding; Ernst Schreier von Kaiserlautern, Gebrüder hier, mit Paula Risch von hier; Julius Hartwig von Geesheim, Eisen-Schaffner hier, mit Alma Kauf von Gries; Friedrich Wille von Mittelsmoor, Schlofer hier, mit Maria Niedinger von Gröbigen.

Eheschließungen. 19. Juni: Franz Hoelling von Bantiers, Güterverwalter hier, mit Elsa Kubi von hier; Kurt Schmidt von Eberfeld, Bachmeister hier, mit Adele Herzig von hier; Karl Darringer von Rappagan, Friseur hier, mit Gertrud Schilling von Neudorf; Ernst Haist von Wühlbachsau, Schneider hier, mit Elisabeth Schwarz von Angendingen; Rudolph Kopp von Döschingen, Arbeiter hier, mit Frida Sahrbacher von Rindemsbach; Wilhelm Setz von hier, Eisenbahn-Diener hier, mit Frida Kasper von Durnersheim; Siegfried Weidlich von Strömpfen, Kaufmann hier, mit Gertrud Schmidt von hier; Roman Laminger von Wörsbach, Eisenbahn-Diener hier, mit Johanna Goll, Witwe, von Gaggenau; Fritz Jacob von Wörsbach, Wagenfabrik in Wörsbach, mit Paula Koch von hier; Robert Roth von hier, Kaufmann hier, mit Maria Schaple von hier; Hans Gerwig von hier, Kaufmann hier, mit Elsa Dieber von hier; Adolf Roth von Järlach-Niederschwaben, Bahnarbeiter hier, mit Margaretha Schilling von Rastatt; Wilhelm Dettling von hier, Kaufmann hier, mit Anna Dager von Rindemsheim; Otto Selb von hier, Ingenieur hier, mit Thelma Dettling von Rindemsheim; Hans Thomas von Rindemsheim, Kaufmann hier, mit Friederike Gengenbach von Rappagan; Otto Richtenwälder von hier, Elektromonteur hier, mit Emmy Götz von Rindemsheim; Karl Dörz von Weingarten, Schlosser alba, mit Rosa Spöhrer von Weingarten; Friedrich Klenzbrand von Offenbach, Telephonist hier, mit Elsa Umstätter von hier; Georg Kraus von Wühlbachsau, Metzger in Durlach, mit Frida Rosenfelder von Rangen; Schmitt; Bernhard Schiel von hier, Sagerarbeiter hier, mit Emma Reichert von Neuburgweiler; Gustav Vitte von Rastatt, Fabrikarbeiter hier, mit Theresia Eiser, geb. Lindhard, von Dais; Wolf Schaple von hier, Tagelöhner hier, mit Johanna Müller von Durlach; Karl Seffer von Weingarten, Kraftfahrer hier, mit Sofie Morlok von Stein; Friedrich Wente von hier, Bahnarbeiter hier, mit Ida Stredfuß von hier; Christian Rüber von Oben, Handwerksmann hier, mit Juliana Maute von Oben.

Erhöhung der Dienstaufsichtsbefugnisse für die Stadträte. Beim Vorkaufsrecht wird die Zustimmung dazu beantragt, das die Dienstaufsichtsbefugnisse der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats mit Wirkung vom 1. April d. J. an des vom Jährlich 2000 Mk. auf jährlich 3000 Mk. erhöht werde.

Karlsruher Stadtrat.

Sitzung vom 17. Juni.

(Schluß.)

Erhöhung der Dienstaufsichtsbefugnisse für die Stadträte. Beim Vorkaufsrecht wird die Zustimmung dazu beantragt, das die Dienstaufsichtsbefugnisse der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats mit Wirkung vom 1. April d. J. an des vom Jährlich 2000 Mk. auf jährlich 3000 Mk. erhöht werde.

Karlsruher Stadtrat.

Sitzung vom 17. Juni.

(Schluß.)

Erhöhung der Dienstaufsichtsbefugnisse für die Stadträte. Beim Vorkaufsrecht wird die Zustimmung dazu beantragt, das die Dienstaufsichtsbefugnisse der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats mit Wirkung vom 1. April d. J. an des vom Jährlich 2000 Mk. auf jährlich 3000 Mk. erhöht werde.

Karlsruher Stadtrat.

Sitzung vom 17. Juni.

(Schluß.)

Erhöhung der Dienstaufsichtsbefugnisse für die Stadträte. Beim Vorkaufsrecht wird die Zustimmung dazu beantragt, das die Dienstaufsichtsbefugnisse der ehrenamtlichen Mitglieder des Stadtrats mit Wirkung vom 1. April d. J. an des vom Jährlich 2000 Mk. auf jährlich 3000 Mk. erhöht werde.

rubenden öffentlichen Baten einen festen Zuschuß von 18 000 Mk. und gewährt außerdem unter gewissen Bedingungen einen weiteren Zuschuß zur Deckung eines sich etwa ergebenden Festbetrages bis zum Höchstbetrage von 12 000 Mk.

Badische Mode. Auf Anregung des Theaterkulturverbandes ist die Veranstaltung einer sogenannten Badischen Mode in Karlsruhe für die Zeit vom 18. bis 26. September d. J. geplant. In dieser Mode sind dramatische und musikalische Vorstellungen unter der Oberleitung des Intendanten des Badischen Landes-Theaters vorgesehen, ferner eine Ausstellung Badischer Kunst und eine Ausstellung Badischer Keramik aus früherer und heutiger Zeit, daneben sind sportliche Veranstaltungen in Aussicht genommen.

Sportliche Veranstaltung. Der Karlsruher Regatta-Vereinigung wird zur Veranstaltung ihrer 7. Ruber-Regatta auf dem Karlsruher Rheindamf am Sonntag, 27. Juni d. J., ein Kostenbeitrag und ein Ehrenpreis aus der Stadtkasse bewilligt.

Preisermäßigung für die städtischen Schwimmabteilungen. Den hiesigen Schwimmvereinen wird für die regelmäßig in der Schwimmhalle der städtischen Badeanstalten abzuhaltenden Wettbewerbe eine Preisermäßigung darin gewährt, daß für jedes daran teilnehmende Mitglied 50 Pf., zusammen jedoch nicht mehr als 50 Mk. für den Wettkampfabend, berechnet werden.

Um auch den übrigen regelmäßig an Besuchen der Schwimmabteilungen eine Vergütung zuteil werden zu lassen, werden Abkommens für 30 Schwimmabteilungen, sogenannte 'Dreißigertarten', zum Preise von 30 Mk., also je 1 Mk. für das einzelne Schwimmabteil, eingeführt, die auch von Vereinen und Korporationen häufig erworben und an ihre Mitglieder und sonstigen Badegäste einzeln abgegeben werden können.

Die öffentlichen Schlussprüfungen des Konservatoriums für Musik der Landeshaushalts finden wie angezeigt in der Zeit vom 21. Juni bis 14. Juli statt.

Nationales Wettschwimmen in Heidelberg.

Heidelberg, 20. Juni. Das am Samstag und Sonntag unter überaus zahlreicher Beteiligung aus dem ganzen Reich, u. a. von Magdeburg, Koblenz, Köln, Frankfurt, Würzburg, Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Pforzheim, Mannheim usw. abgehaltene nationale Wettschwimmen war durch die Mannschaft des Karlsruher Schwimmvereins vertreten, der die Farben der Stadt in hervorragender Weise verteidigte und damit den Beweis erbrachte, daß er mit zu der besten Klasse der deutschen Schwimmer zählt.

Wirtschaft und Handel.

Nürnberger Hopfenmarkt.

S. Nürnberg, 19. Juni. Gleich der Vorwoche war der Markt auch in der abgelaufenen Woche wieder fast völlig geschäftslos. Für einheimischen Kundschaffbedarf zeigte sich überhaupt keine Nachfrage. Auswärtige Käufer hatten zwar Interesse für Muster, gingen aber nicht zu nennenswerten Abschlüssen über.

Nürnberger Hopfenmarkt.

S. Nürnberg, 19. Juni. Gleich der Vorwoche war der Markt auch in der abgelaufenen Woche wieder fast völlig geschäftslos. Für einheimischen Kundschaffbedarf zeigte sich überhaupt keine Nachfrage. Auswärtige Käufer hatten zwar Interesse für Muster, gingen aber nicht zu nennenswerten Abschlüssen über.

Nürnberger Hopfenmarkt.

S. Nürnberg, 19. Juni. Gleich der Vorwoche war der Markt auch in der abgelaufenen Woche wieder fast völlig geschäftslos. Für einheimischen Kundschaffbedarf zeigte sich überhaupt keine Nachfrage. Auswärtige Käufer hatten zwar Interesse für Muster, gingen aber nicht zu nennenswerten Abschlüssen über.

Nürnberger Hopfenmarkt.

S. Nürnberg, 19. Juni. Gleich der Vorwoche war der Markt auch in der abgelaufenen Woche wieder fast völlig geschäftslos. Für einheimischen Kundschaffbedarf zeigte sich überhaupt keine Nachfrage. Auswärtige Käufer hatten zwar Interesse für Muster, gingen aber nicht zu nennenswerten Abschlüssen über.

Nürnberger Hopfenmarkt.

S. Nürnberg, 19. Juni. Gleich der Vorwoche war der Markt auch in der abgelaufenen Woche wieder fast völlig geschäftslos. Für einheimischen Kundschaffbedarf zeigte sich überhaupt keine Nachfrage. Auswärtige Käufer hatten zwar Interesse für Muster, gingen aber nicht zu nennenswerten Abschlüssen über.

Nürnberger Hopfenmarkt.

S. Nürnberg, 19. Juni. Gleich der Vorwoche war der Markt auch in der abgelaufenen Woche wieder fast völlig geschäftslos. Für einheimischen Kundschaffbedarf zeigte sich überhaupt keine Nachfrage. Auswärtige Käufer hatten zwar Interesse für Muster, gingen aber nicht zu nennenswerten Abschlüssen über.

Badischer Industrie- und Handelstag.

Im großen Sitzungssaal der Handelskammer in Karlsruhe fand am 14. d. M. unter dem Vorsitz vom Präsidenten der Handelskammer Mannheim, Geh. Kommerzienrat Engelhard, eine Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelstages statt, zu der auch der Arbeitsminister Müller, Minister des Innern Memmel und Finanzminister Müller anwesend waren.

Am Mittelpunkte der Erörterung stand die Frage der Ertragssteuern, zu der Geheimrat Engelhard einen ausführlichen Bericht erstattete, in dem besonders eindringlich dargelegt wurde, daß die Grenze der Befreiung der Steuerpflichtigen durch die Reichssteuer nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten sei, so daß von einer Zusatzbesteuerung durch Staat und Gemeinde keine Rede mehr sein könne. Dieser Bericht wird veröffentlicht werden. Besonders nahm die Präsidialkonferenz Stellung zu dem Vorentwurf eines badischen Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes, sowie zu dem jüngst vom Badischen Landtag erlassenen Gesetz über die Besteuerung des Liegenschafts- und Gewerbevermögens.

Nach einer ausführlichen Erörterung des Ministers der Finanzen, der wegen des Notgesetzes ausführte, daß die Regierung sich deswegen auf 88 des Landessteuergesetzes stützen zu können glaubte, und des Ministers des Innern wurden folgende Entschlüsse gefaßt:

a) Zum Grund-, Gebäude- und Gewerbebesteuerungs-

1. Dem Vorentwurf eines badischen Grund-, Gebäude- und Gewerbebesteuerungs-Gesetzes kann die Präsidialkonferenz des Badischen Landtages in seinem Grundgedanken und in seiner Ausgestaltung im allgemeinen zustimmen. Angemerkten ist besonders die Festsetzung eines Höchstbetrags, der von Land und Gemeinde zusammen nicht überschritten werden darf. Angemerkten ist auch — allerdings auch nach der Rechtslage notwendig — die Befreiung der stiftlichen Erbschaft der größeren gewerblichen Betriebsvermögen, die eine besondere Härte des bisherigen Vermögenssteuergesetzes darstellte. An diesen beiden Dingen ist unter allen Umständen festzuhalten.

2. Aber auch der volle Schuldenabzug muß verlangt werden, wie bei den Gewerbevermögen so auch beim Immobilienvermögen. Der Kampf darum muß endlich zum Abschluß kommen.

3. Mit dem Höchstbetrags von 50 Pfa. für je 100 Mark Steuerkapital für Land und Gemeinde zusammen ist die Präsidialkonferenz einverstanden. Der Höchstbetrags darf unter keinen Umständen höher gerufen werden als in den anderen deutschen Ländern, damit endlich die steuerliche Ungleichheit in den verschiedenen Teilen Deutschlands mit ihren schiefen Folgen für das badische Wirtschaftsleben verschwinde. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß Baden wie auch die anderen süddeutschen Länder verhältnismäßig mehr an den Reichssteuern zu zahlen haben als jene Länder, deren Veranlagungsapparat noch nicht so genau arbeitet wie die südbayerische und noch auf Jahre hinaus nicht so genau arbeiten wird. Zu dieser Ungleichheit, aber kaum vermeintlichen höheren Belastung dürfen nicht auch noch Gemeindesteuern hinzukommen, die Baden dem Norden gegenüber noch weiter differenzieren.

4. Dem Begehren der Gemeinden, daß ihnen volle Autonomie auf dem Gebiete der Besteuerung von

Grundbesitz und Gewerbe nach Art und Höhe gewährt werde, muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. In Gemeinden mit starker industrieller Bevölkerung würde ein solches freies Besteuerungsrecht nur dahin führen können, daß die Gemeindeausgaben immer mehr ins Ungemeine steigen und dem gesamten Wirtschaftsleben der Gemeinde auch der letzte Rest von Lebensmöglichkeit genommen würde, den ihm die Reichssteuer und der Frieden von Versailles noch übrig gelassen haben. Der Untergang ihres Wirtschaftslebens würde aber auch den Untergang der Gemeinde selbst bedeuten.

5. Die Gemeinden müssen in der heutigen trostlosen Zeit ihre Ausgaben auf das Lebensnotwendige herabsetzen. Erzielt sich, daß zur Deduktion eines solchen auf das Unerlässliche zurückgeführten Aufwandes die Anteile aus den Reichssteuern zusammen mit den sonstigen Gemeindeeinnahmen nicht ausreichen — was heute noch fraglich ist — so hat das Reich die Verpflichtung, den Gemeinden aus seinen Steuererträgen soviel abzugeben, als zur vollen Deduktion nötig ist. Dabei dürfen aber die jetzigen Steuerhöhen keine Erhöhung erfahren. Zuschläge dürfen den Gemeinden nicht gewährt werden. Der frühere Reichsfinanzminister Erberger sagte darüber bei Beratung der Einkommensteuer: Unmöglich ist es, noch Zuschläge zu den Sägen der Einkommensteuer zu erheben, da diese das Neueste in der Belastung darstellen, was man den Steuerzahlern noch zumuten kann.

Schon die nächsten Jahre werden ergeben, daß auch ohne Zuschläge die Reichssteuerläst von den gewerblichen Steuerzahlern — nur für diese haben wir zu sorgen — nicht getragen werden können.

b) Zum Notgesetz.

Die Präsidialkonferenz des Badischen Landtages hält das jüngst vom Badischen Landtag angenommene Gesetz über die Besteuerung des Liegenschafts- und Gewerbevermögens im Rechnungsjahr 1920/21 für rechtlich anfechtbar.

Nach § 9 des Reichslandbessteuerungsgesetzes sollen Ertragssteuern der Länder und Gemeinden keine Merkmale aufweisen, die auf die Verwirklichung der persönlichen Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers abzielen.

Dem genannten badischen Steuergesetz liegt aber das badische Vermögenssteuergesetz zugrunde. Dieses steht bei der Veranlagung eine erhebliche Progression bei den gewerblichen und eine Degression bei den landwirtschaftlichen Betriebsvermögen vor. Es beruht also die Leistungsfähigkeit der einzelnen gewerblichen Steuerzahler unter sich wie auch im Vergleich mit den landwirtschaftlichen Steuerzahlern und diese wieder unter sich ganz verschieden, je nach der Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Berufsart und je nach dem Gewerbevermögen, über die sie verfügen.

Es sind also die Merkmale gegeben, die im Reichsgesetz über die Landesbesteuerung ausdrücklich untersagt sind.

Im Anschluß hieran wurde das bei der Erhebung der Reichseinkommensteuer durch die Arbeitgeber einschlagende Verfahren besprochen. Nach Verlesen der Herren Richard Reuel und Dr. Ullm wurde beschlossen, im Reichsfinanzministerium zu erfragen, im Benehmen mit dem Bund der badischen Arbeitgeberverbände eine Bestimmung dahin zu erwirken, daß allgemein zu achten ist, die Steuererträge nicht monatlich, sondern vierteljährlich zu fließen.

Ueber die Frage der Ausfuhrabgaben erstattete der stellvertretende Vorsitz des Badischen Landtages Mannheim, Herr Dr. Ullm, einen ausführlichen Bericht. Nach eingehender Aussprache, an der sich fast alle

Anwesenden beteiligten, wurde beschlossen, namens des Badischen Industrie- und Handelstages die Reichsregierung nachdrücklich auf die bedauerliche Tatsache hinzuweisen, daß die Verordnung über die Erhebung von Ausfuhrabgaben vom 17. April, trotzdem sich die Voraussetzungen für diese Verordnung von Grund auf verändert hätten, ohne nochmalige Anhörung der beteiligten Kreise erlassen und dadurch großer Schaden infolge des Wirtschaftskrisis verursacht wurde. Ferner soll mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, daß die Ausfuhrabgaben, die nunmehr jeder Berechtigung entbehren, wieder abgeschafft werden.

Ueber die in Aussicht genommene Umwandlung der Untersuchungsabteilung vom Notizenkreis in eine gemeinnützige G. m. b. H. berichtete Vorsitzender Dr. Krienen. Den Anträgen des Berichterstatters folgend, sprach sich die Versammlung grundsätzlich gegen eine Fortführung der Untersuchungsabteilung in der Friedenszeit aus. Eine weitere Aussprache über diese Angelegenheit und über andere Sozialversicherungsfragen soll bei einer für den Herbst in Aussicht genommenen Tagung der Gesamtsammlung des Badischen Handelstages herbeigeführt werden.

Sodann beschäftigte sich der Handelstag mit der Frage der Ausbildung von Stenographen, die nach Ansicht der Vertreter des Wirtschaftslebens dringend einer Verbesserung bedarf. Die Versammlung schloß sich den Ausführungen des Berichterstatters, Kommerzienrat Sauerbeck, Mannheim, an und beauftragte unter Abhaltung der — von anderer Seite vorgeschlagenen — Errichtung eines Landesamts für Kurschrift die Errichtung von Stenographen-Schulen durch die Handelskammern in der Weise, wie es durch die Handelskammer Mannheim bereits geschehen ist.

Der Vorsitzende der Handelskammer Mannheim, Herr Michael Rothschild, machte vom Standpunkt des Einzelhandels aus Ausführungen über Zahlungsmittel- und Preisveränderungen. Er bemerkte, daß es wünschenswert sei, daß für die zu liefernden Waren die Verbands- und Konventionsbedingungen für die Zeit von drei Monaten zur Abmilderung und Einigung der Vertragspartner untereinander ausgearbeitet werden. Die Versammlung schloß sich infolgedessen den Ausführungen des Berichterstatters an, als sie beschloß, daß die Verhandlungen zur Schlichtung von Streitigkeiten eingeleitet werden.

Der gleiche Berichterstatter wies auf die Veranlassung des Einzelhandels durch die Wirtschaftskrisis hin. Der Badische Handelstag wird dem Antrag entsprechend darauf hinzuwirken, daß die Verteilung der Waren der Volkswirtschaft lebhaft durch die Reichsleitererfolge erfolgen soll. Gegen einseitige Bevorsorgung anderer Organisationen, die sich nicht mit dem Handel dieser Waren beschäftigen, wurde Verabredung eingeleitet.

Einmütiger Widerspruch wurde erhoben gegen die neuerliche Veranlassung der Pfl.- und Fernsprechtarife, die insbesondere zahlreiche Kleinhandel- und Gewerbebetriebe empfindlich schädigen, sowie gegen die Erhebung einer Zwangsabgabe von 1000 Mk. für jeden Fernsprecheinnehmer. Der Industrie- und Handelstag wird mit allen Mitteln dahin wirken, daß diese Bestimmungen durch den neuen Reichstag eine Änderung erfahren.

An Hand eines Berichtes des Reichslokalisationskommissars wurde sodann auch die Frage der besseren Versorgung Süddeutschlands mit Kohle bespro-

chen und nach Auffassung über den Stand der Sache die anwesenden Regierungsvertreter gebeten, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bei der Verteilung so ausgenutzt werden, daß wir im Winter vor einer Katastrophe bewahrt bleiben.

Zum Schluß berichtete noch Kommerzienrat Sauerbeck auf dem Entwurf eines neuen Fürsorgegesetzes für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte.

Amthliche Nachrichten.

Ernennungen, Versetzungen usw.

Das Staatsministerium hat den Bureaubeamten beim Ministerium des Innern, Kanzleirat Georg Müller, mit der Amtsbezeichnung Rechnungsrat zum Bureauvorsteher bei diesem Ministerium, den Hauptlehrer Lothar Hertel an der Volkshochschule in Mannheim zum Rektor an der Volkshochschule in Karlsruhe ernannt, den Kaufmann Karl Friedrich Otto Müller in Karlsruhe seinem Antrag entsprechend seines Amtes als Landesrichtersvertreter bei den Kammern für Handelsachen am Landgericht Karlsruhe entlassen.

Das Ministerium des Innern hat den Verwaltungsaktuar Hermann Wölfler zum Verwaltungssekretär beim Bezirksamt Karlsruhe, den Verwaltungsaktuar Josef Krauer beim Bezirksamt Freiburg zum Verwaltungssekretär beim Bezirksamt Emmendingen, den Verwaltungsaktuar Matthias Schmidt beim Bezirksamt Heilbronn zum Verwaltungssekretär beim Bezirksamt Neustadt, die Verwaltungsaktuar Friedrich Kies beim Bezirksamt Weibingen, Eugen Wiedenmaier beim Bezirksamt Heilbronn, Alois Frank beim Bezirksamt Forstheim, Fritz Biesch beim Bezirksamt Waldbrunn, Otto Vöhringer beim Bezirksamt Heilbronn, Otto Berger beim Bezirksamt Konstanz zum Verwaltungssekretär, Robert Heilbauer beim Bezirksamt Forstheim zum Verwaltungssekretär ernannt, dem erst-lotter Kreisamtskommissar Friedrich Föndan die Amtsstelle eines Bureaubeamten beim Bezirksamt Freiburg mit der Amtsbezeichnung Verwaltungssekretär übertragen.

Zulage Entschädigung der Fortbildung des Finanzministeriums wurde Fortamantmann Fudidar vom Fortamt Forst nach Forstheim versetzt, dem Fortamt Forstheim als zweiter Beamter, Fortamantmann Garter vom Fortamt Mannheim nach Karlsruhe versetzt und dem Fortamt Karlsruhe-Gardt als zweiter Beamter zugewiesen.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat dem Oberstationskontrollleur Georg Stähle in Wiesbaden das Stationsamt II Hettstedt übertragen. Die Hebertragung dieses Stationsamtes an Oberstationskontrollleur Heinrich Wiegler in Dursach wurde zurückgenommen.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat beauftragt: den Oberstationskontrollleur Adam Engler in Baden-Dos nach Karlsruhe, den Eisenbahnsekretär Karl v. Bant in Nassau nach Karlsruhe, den Eisenbahnsekretär Hermann Beitzel in Karlsruhe nach Forstheim, den Eisenbahnsekretär Otto Wasinger in Espinghan nach E. Georgen (Sohn), den Oberstationskontrollleur Ludwig Lebedecker in Steinach nach Mannheim-Industriehafen, den Eisenbahnsekretär Adolf Schäffner in Gerdlingen nach Karlsruhe, den Oberstationskontrollleur Friedrich Weber in Heilbronn-Karlsruhe nach Karlsruhe, den Eisenbahnsekretär Robert Wendel in Karlsruhe nach Mannheim, den Eisenbahnsekretär Otto Bollmer in Weiden nach Karlsruhe.

Gummireifen f. Kinderwagen werden aufgefittet. Beste Qualität. Gummireifen auf Lager. Räder sind einzuenden. Versand nach auswärts. Adlers Reparaturwerkst. f. Kinderwagen Kreuzstraße 7.

Robrströhre werden dauerhaft geflochten u. repariert auch mit echt spanischem Robr. G. Seitel, Waldstr. 85, Stb. II. Auch nach auswärts. Postkarte genügt.

Günstige Gelegenheit Zigarren per 100 Stück Mk. 65.— nächstbeste sendet per Nachnahme folgende Vorkauf genügt. Leopold Weipert Tabakfabrik Hot (Baden).

Meine Sprechstunden sind jetzt wieder vormittags 10—12, nachmittags 2—4 Uhr Dr. Schwidop Arzt für Nasen-, Rachen-, Ohrenkrankheiten und Sprachstörungen. Kriegstr. 154, zwischen Karlstr. und Hirschstr. Fernsprecher 1889.

Phorosan-Heilanstalt für Haut- und Geschlechtskranke Karlsruhe, Kaiserstrasse 91 III. Schmerzlose Behandlung der Gonorrhoe nach dem neuen Phorosan-Verfahren. Heilung — ohne Berufsstörung — in kürzester Zeit möglich. Syphilisbehandlung, Blutuntersuchungen, Behandlung sämtlicher Hauterkrankungen. Aerztl. Leitung: Dr. med. v. Asten. Getrennte Wartezimmer. Sprechstunden: Werktags 1/2 11—1/2 6 Uhr. Dienstag keine Sprechstunde. Sonntags 10—1 Uhr.

Sägmehl wagenweise und durch Fuhrren liefern billigst F. Kenschler Söhne Sägemehl, Ettlingen i. Bad.

Ofenwische Kosak gibt sofort auf allen Eisenteilen schönsten Silberglanz. Kleiniger Hersteller: Carl Genter Ettlingen (Württg.)

Mehoren in Stunden Verloren tag ein Geldbeutelchen mit 50 Mk. in der Gewirgert. Abzugeben gegen Verlobung. Gewirgert 49a, 8. Stod. Geflochten wurde Samstag einem frischen Fingerring sein Ring im Werte von 500 Mk. welches mit einem Fingerring getrieben wird, vor der Dreifachentfaltung Karlsruhe. Da derselbe von Vorübergehenden erkannt wird, erludt das Rad so, bei der Wollzeit oder T. Meurent, Waldhornstr. 33, abzugeben, an demn. Ans. erlattet wird.

Junger gebildet. Herr, welchem es hier an passendem gesellschaftlichen Verkehr fehlt, wünscht langjährige Dame mit guter Schulbildung, welche Lust und Liebe zur Natur und Musik hat, kennen zu lernen. Antwort unter E. Karsten, Buchhandlung Karl Wals, Durlach.

Friedrichshof-Garten Heute abend 8 Uhr Großes Militärkonzert gegeben von der Kapelle des Badischen R.-W.-Rgts. Nr. 113. Dirigent: Obermusikm. Bernhagen.

Dampfwaschanstalt C. Bardusch Ettlingen : : : : : Telephon 61 empfiehlt sich in Herrenstärkwäsche, Haus-, Hotel- und Leib-Wäsche jeder Art, Gardinen, Stores Annahmestellen: Kreuzstraße 7, — Telephon Nr. 2101 Hirschstraße 34 vormals Jcken-Bohn

Hebelloge (J. O. O. F.) Mittwoch 8 Uhr A.-L. Vortrag Nr. 2 o. D. Samstag 9 Uhr Kunst-Abend. Stad-, Gehrod- und Smoking-Anzüge bei Ed. Gartenstraße 7.

Patentanwalt P. A. Ohnimus Karlsruhe, Leopoldstr. 44. Tel. 2052.

Städtische Fischhalle hinter dem Bierordtsbad. heute und morgen von 8—12 u. 3—5 Uhr Fortsetzung des Seefischverkaufs aus soeben eingetroffener Sendung. Zum Verkauf gelangen: Seehecht, Seelachs, Seeaal, Korbarsch und Schellfische. Badmaterial ist mitzubringen. Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstraße 34, 1 Tr. Voilekleider in weiß u. 135 00 farbig „ 135 00 Waschblusen 26 00 Kinderkleider 14 00

Georg Hunstein & Cie. Elektrotechnisches Installationsbüro. Augartenstr. 6. Fernspr. 356. Elektr. Licht- u. Kraftanlagen Motoren Glühlampen Beleuchtungskörper Elektr. Heiz- u. Kochapparate.

Sportplatz Fasanengarten Mittwoch, den 23. Juni, nachmittags 6 1/2 Uhr Großer Fußballwettkampf Magyar Testgyakorlok Köre (ungarischer Meister) gegen F. C. Phönix I Größtes u. letztes sportliches Ereignis der Saison. Preise im Vorverkauf: Numerierter Sitzplatz Mk. 6.—, 1. Platz Mk. 4.—, 2. Platz Mk. 3.— in den Vorverkaufsstellen: Sporthaus Freundlieb, Kaisersr. 185, Sporthaus Beier, Kaisersr. 174, Sporthaus Müller, Waldstr. 45, Zigarrenhaus Kühnel Nachf., am Durlacher Tor. Tageskasse: Mk. 8.—, Mk. 5.—, Mk. 4.—. Schüler auf dem 2. Platze die Hälfte. Mitglieder auf den Stehplätzen M. 2.—.

Holzstab-Gewebe vorzüglicher billiger Baustoff sehr geeignet und praktisch für Kleinwohnungs-Bauten ferner als Bausträger für Decken, Zwischenwände, Isolierräume, Dachausbauten, Reparaturen etc. Bedeutsame Bau-Ersparnis! Oberbayerische Holzindustrie Georgenwert Diefen vor München Katalog postfrei. Fernsprecher 88.

Herren-Stärk-Wäsche Kransen 60 Pfg. Manschetten 50 Pfg. Vorhemden 50 Pfg. Kransenwäscherei Diener Annahmestellen: Wieland, Ludwigs-Str. 21. Gäßl, Durlacherstr. 51. Baden. Ganner, Schützenstr. 58. Baden. Kessner, Gartenstr. 62. Baden.